

Union ohne festen Sitz

Deutsch denkt gut österreichisch

In dem munteren Zonenschießen, das zur Zeit in Deutschland stattfindet, bewegen sich zwischen München und Berlin die Geschosse mit dem eigenartigsten Knalleffekt. Manchmal sind es verfrühte Silvesterknallfrösche, wie im Fall der Donauföderation.

Schumacher, Högner und der Sozialist Julius Deutsch, der ein Oesterreicher ist, sollten in München über die Bildung eines süddeutschen Staatenblocks verhandelt haben. Der Führer der österreichischen Sozialisten, Vizekanzler Dr. Schärf, sollte diese Begegnung zugegeben haben. Es ist derselbe Schärf, der Schumacher während dessen London-Besuch in punkto Grenzfrage mit aufsehenerregender Schärfe geantwortet hatte. Nach Ansicht des SED-Organs „Neues Deutschland“ ist er einer der bekanntesten Verfechter großdeutscher Ideen.

Auch er war schon in London und der Generalsekretär der Labour-Party Morgan Phillipps war auch schon in Wien zu Besuch.

Der Staatenblock-Ballon ist dann gar bald geplatzt. Die Berliner Sozialdemokraten versicherten dem „Kurier“, daß Julius Deutsch bereits des längeren tot sei. Sie waren voreilig, denn Julius Deutsch war nicht tot, sondern tatsächlich vor kurzem mit Högner zusammengetroffen. Aber nicht zu Staatsgesprächen, sondern zu einer privaten Fühlungnahme zwischen den beiden Parteien.

Und Schumachers Dementi, das wenige Stunden später aus Hannover eintraf, tat genau so gut seine Wirkung: er hatte Julius Deutsch zuletzt im Jahre 1932, Wilhelm Högner einmal in seinem Leben, und zwar im März 1946 gesehen.

Ihren Ausgang genommen hatte die Donaubund-Legende in Eichstätt auf der Landesversammlung der CSU. Der Abgeordnete Dr. Gerhard Groll stellte die Frage, wie das eigentlich mit der Donauföderation stehe, die auf Ansuchen Bayerns unter späterer Beteiligung Ungarns zustande kommen solle.

Der Münchener M-r.-Korrespondent des Liberal-Demokratischen „Morgen“ kabelle diese Frage nach Berlin, die Zeitung machte damit auf und gab der SED-Presse willkommenen Anlaß zu ihren Meditationen über bündlerische Gespräche österreichischer und bayerischer Sozialisten.

Dr. Groll aber erhielt auf seine Frage keine Antwort, da er sich, wie die CSU-Parteileitung mitteilt, auf die Notiz in

einer Grazer Zeitung berief, die der Parteileitung nicht bekannt war.

Allerdings weiß man in München von Bestrebungen dieser Art, die von Alois Hundhammer und einem gewissen Herrn Meßmer gefördert werden, der eine führende Rolle in der gar nicht erst zugelassenen bayerischen Königspartei gespielt hat. Die Parteileitung der CSU erklärt jedoch, sie wisse nicht, ob es sich bei dieser Alpinen-Union um eine feste Vereinigung mit einem festen Sitz handle.

Paragraph 218

Das Recht auf den Körper

Es gab schon einmal eine Zeit, da begann der § 218 zu wanken. In der Weimarer Republik. Stillschweigend wurde das Gesetz sabotiert, und die Urteile der Richter waren von einer auffallenden Milde. Diese Handhabung wurde von vielen als gerecht empfunden, weil sie einer veränderten Rechtsauffassung der Allgemeinheit entgegenkam.

Die Voraussetzungen für eine gesetzliche Abänderung des Abtreibungsparagraphen waren also geschaffen. Diese Abänderung erfolgte dann auch durch Hitlers Gesetzgebung. Allerdings in der umgekehrten Richtung. Die Bestimmungen wurden verschärft, die Zuchthausstrafe eingeführt.

Die jetzige Nachkriegszeit ähnelt der nach 1918 auch darin, daß sie die Diskussion um die Abtreibung wieder entfachte.

Die Teilnehmer einer Sitzung des sozialpolitischen Ausschusses der Berliner SPD, der am 20. Dezember unter Anwesenheit der weiblichen Stadtverordneten tagte, forderten die gesetzliche Möglichkeit einer Schwangerschaftsunterbrechung im Falle sozialer Notlage. Die Versammlung sprach sich für ein Gesetz aus, das vorerst auf fünf Jahre befristet werden soll. Nach Ablauf dieser fünf Jahre wäre eine endgültige Entscheidung auf Grund der vorliegenden Erfahrungen eher möglich. Alle Sprecher der Versammlung betonten aber, daß ein Ausweg aus der jetzigen unerträglichen Lage besser durch Empfängnisverhütung als durch Schwangerschaftsunterbrechung gefunden werden könne.

Die Ansicht der Westzonen-CDU ist der Stellungnahme der Berliner SPD entgegengesetzt. Ganz abgesehen davon, daß man in Köln der Meinung ist, andere Probleme seien vordringlicher, wird Dr. Adenauer sich auf keinen Fall mit einer sofortigen Abänderung einverstanden erklären.



Gegen § 218, aber für Verhütung
Arzt und Moralist Friedrich Wolf

Die KPD forderte bei der zweiten Bezirks-Frauen-Konferenz in Hamburg eine Lockerung des § 218 und darüber hinaus den freien Verkauf von Verhütungsmitteln. Es heißt in der EntschlieÙung: „Die ungeheure Not der Flüchtlinge und Ausgebombten und die schlechte Ernährungslage vieler Mütter macht es für viele Frauen unmöglich, gesunde Kinder auszutragen und sie nach der Geburt am Leben zu erhalten. Die Tatsache, daß in den Flüchtlingslagern jeder fünfte Säugling stirbt, ist ein Beweis dafür. Auch aus bevölkerungspolitischen Gründen ist es besser, Frauen die so schon unter den schwersten Verhältnissen leben, jetzt zu schonen, damit sie später unter besseren Verhältnissen gesunde Kinder zur Welt bringen können.“

„Grundsätzlich sind wir für die Aufrechterhaltung des § 218“, sagte Vizepräsident Dr. Zetkin von der Zentralverwaltung für das Gesundheitswesen in der sowjetischen Besatzungszone. Unter folgenden drei Bedingungen allerdings will die Zentralverwaltung einer vorläufigen Aufhebung des § 218 zustimmen.

Ein medizinischer Eingriff darf nur auf Beschluß einer Kommission vorgenommen werden, die sich aus Aerzten und Laien, möglichst aus Frauen, zusammensetzt, er darf nur von fachlich besonders geeigneten und hierzu bestimmten Aerzten vorgenommen werden, und auch dann nur in den ersten drei Monaten der Schwangerschaft.

Für die Schwangerschaftsunterbrechung schlechthin wird von keiner dieser Parteien plädiert. Frau von Kardorff von der LDP steht mit ihrer Forderung einer völligen Freizügigkeit allein auf weiter Flur. Sie erklärt: „Durch den § 218 steht die Frau mit dem einen Bein im Grabe und mit dem anderen im Zuchthaus. Schon deshalb ist er grundsätzlich abzulehnen, denn er stellt eine Freiheitsberaubung der Frau dar. Wir Liberalen wollen das Recht des Einzelnen, und in der Gegenwartsphase muß das Recht der Frau auf ihren Körper gestützt und verteidigt werden.“

Die Diskussionen in den verschiedenen Zeitungen gehen um die „soziale Indikation“ im Gegensatz zur „medizinischen Indikation“. Die Unterbrechung der Schwangerschaft bei medizinischer Notwendigkeit ist erlaubt. Lebensgefahr für die Schwangere rechtfertigt den Eingriff.



Sozialistische Gespräche drehen sich nicht unbedingt um Staatenblocks. Labour-Generalsekretär Morgan Phillipps (links) bei seinem Besuch in Wien mit Ministerpräsident Dr. Renner und Dr. Schärf (rechts)

Der Arzt und Schriftsteller Dr. Friedrich Wolf, der in seinem künstlerisch nicht sehr eindrucksvollen Drama „Zyanalkal“ schon 1929 für die Beseitigung des § 218 eintrat, äußerte in der Zeitung „Neues Deutschland“ zur sozialen Indikation, der soziale Notstand habe die Widerstandskraft in vielen Fällen bereits so geschwächt, daß bei Hinzutreten einer Schwangerschaft lebensgefährliche Krankheiten ausbrächen. Aber auch er vertritt die Meinung, daß Verhütung besser als Unterbrechung ist. „Der § 218 sollte nicht abgeschafft, sondern überflüssig werden. Geburtenregelung ist die beste Möglichkeit, die Abtreibung zu verhindern.“

Lebensraum - rot lackiert

Wojewodschaft Hamburg

Deutschland muß zufrieden sein, wenn sich die Polen mit der Oder-Neiße-Grenze zufrieden geben“, erklärte der Leiter des Volksbildungsamtes in Halle, SED-Stadtrat Schmidt, auf einer Veranstaltung. „Die slawischen Völker haben einmal ihre Wohnsitze sogar an der Saale gehabt und sind dort von deutschen Stämmen verdrängt worden.“

Die polnische „Westagentur“ in Breslau — die Polen nennen es Wroclaw — ist ebenfalls der Ansicht, daß „die historischen und moralischen Rechte des polnischen Volkes an der Oder-Neiße-Linie nicht haltmachen.“ Im Verein mit dem „Slawischen Komitee“ in Breslau versucht die Agentur die Welt davon zu überzeugen, daß die Ostgrenzen Deutschlands mindestens bis zur Elbe zurückverlegt werden müssen. Die „historischen Rechte“ gehen in diesem Fall bis auf das Jahr 1000 zurück.

Berlin, Magdeburg, Lübeck, Kiel und Hamburg sollen nach dem Plan eines Professors Stojanowski die wichtigsten Städte eines slawischen Elbstaates werden. Auch die Lausitz soll nach ihm einen selbständigen Staat bilden, während andere Leute der Einfachheit halber gleich eine Annexion durch Polen vorschlagen.

Es stimme zwar, daß diese Gebiete einmal von Slawen besiedelt waren, meint der Berliner „Abend“. Erkenne man aber ein solches Argument grundsätzlich an, so erfordere die Logik, daß man noch weiter gehe. Diese slawischen Stämme seien im frühen Mittelalter in einen Raum eingesickert, der vorher von Germanen besiedelt war. Diese Germanen aber hatten zeitweilig sogar die Ukraine und die Krim in Besitz. Darauf stützten einmal die Nazis ihre Ansprüche auf diese Gebiete.

Solche „historischen Forderungen“, meint das Berliner Blatt, seien peinlich zu hören, ganz gleich, ob braun oder rot lackiert.

Auch General Anders, der Führer der polnischen Exil-Armee, erklärte der Züricher „Tat“, der heutige Zustand sei keine Lösung. Polen sei nicht in der Lage, die deutschen Gebiete bis zur Oder zu verdrängen.

Der General ist der Meinung, daß Polen auf Danzig und Oberschlesien nicht verzichten kann, aber im übrigen möchte er „das uns von den Russen aufgezwungene Danaergeschenk“ baldmöglichst gegen die alten polnischen Gebiete eintauschen. „Wenn Polen seine Unabhängigkeit wieder erlangt hat.“

Allerdings hält auch Anders die Ansprüche Polens auf Ostpreußen für „historisch gerechtfertigt“. Was aber die Russen dort zu suchen hätten, sei ihm schleierhaft.

CDU blieb ungeküßt

Wählerisches aus dem Westen

Ein neues Wahlgesetz erhitzte im ungeheizten Sitzungssaal die Gemüter des ungebildeten Landtags von Nordrhein-Westfalen, der unter dem heftigen Flügel schlagen der sonst flügellosen Union das Mehrheitswahlrecht nach englischem Muster bestätigen sollte.

Das vorgeschlagene Wahlgesetz sah eine direkte Wahl in Ein-Mann-Wahlkreisen vor, wobei die Reststimmen in einen Reservefonds fließen sollten. Für diese Lösung sprachen die CDU und eine britische Empfehlung, die die Wahldebatte noch vor Weihnachten beendet sehen wollte.

Die kleinen Parteien sahen dieses Wahlgesetz als Existenzproblem an und forderten stürmisch das Verhältniswahlrecht. Zünglein an der Waage war die SPD als zweitgrößte Partei des Landes. Sie stimmte dagegen.

Als sich am ersten Tage der Sonder-sitzung trotz stundenlanger stürmischer Debatten keine Einigung erreichen ließ, wurde ein Antrag auf Schluß der Debatte eingebracht. Der neugewählte Landtagspräsident Dr. Lehr, CDU*) erklärte, die Stimmen seiner Unionfreunde reichten zur Fortführung der Debatte aus. Das mißtrauische Haus beantragte die Auszählung, und es ergab sich, daß der Antrag auf Schluß der Debatte mit 72 zu 70 Stimmen angenommen worden war.

Um das Haus nun wenigstens beschlußunfähig zu machen, verließ die gesamte CDU-Fraktion den Sitzungssaal, worauf Lehr das halbleere Haus vertagte.

Eine amüsante Wendung erhielt die Debatte durch einen ungeschickten Zwischenruf, den Dr. Adenauer kavaliermäßig mit dem Florett parierte. Der Vorsitzende der rheinischen SPD, Göringer, rief nämlich, als Adenauer die Vorzüge des Mehrheitswahlrechts pries: „Ganz im Sinne der britischen Militär-Regierung!“, worauf Dr. Adenauer in einem Dialekt, der mehr angelsächsisch als rheinländisch war, erwiderte, er sei noch nicht in London

*) Vor 1933 deutschnational, auch von der SPD zum Landtagspräsidenten gewählt.



Anders sieht es anders
Der General negiert die Ostgrenzen

empfangen worden und ihm hätten britische Regierungsmitglieder noch kein Bankett gegeben.

Am Nachmittag des zweiten Sitzungstages versuchte die Union wenigstens noch ihren Wahltermin (30. März) zu retten. Wiederum waren sich alle übrigen Parteien des Hauses in der Ablehnung des Antrages einig. Auch die beiden feindlichen Brüder, KPD und SPD, was den CDU-Abgeordneten Dr. Warsch, Oberbürgermeister der Seidenstadt Krefeld, zu dem Ausruf hinriß: „Der Hans küßt die Grete und die Grete küßt den Hans!“

Die CDU blieb ungeküßt. Der Wahltermin aber wurde inzwischen doch auf den 30. März festgesetzt. Für die gesamte Zone und auf Anordnung der Militär-Regierung.

Unzweifelhaft machten die Abgeordneten gerne von ihrem Recht Gebrauch, Debatten „entbrennen“ zu lassen — sonst brannte nämlich trotz der Außentemperatur von Minus 15 Grad im ganzen Haus nichts. Die Sitzung stand unter dem Minuszeichen des schweren vorweihnachtlichen Kälteeinbruchs und der Sperrung der Hausbrandversorgung.

Da alle Parteien gleichmäßig kaltgestellt waren, kam es zu einer überzeugenden Manifestation der Einheit des Hauses in einem Appell an die Militär-Regierung zur Sicherung der Hausbrandversorgung.

KRIEGSGEFANGENE

Bellenger schickte sie heim

Ein Schiff hielt nicht

Ulrich Wolf, Fritz Oeder und Josef Schönsteiner aus dem Kriegsgefangenenlager 106, in Stamford, Lincs., England, waren Silvester zu Hause. Sie haben sich ihre Entlassung außer der Reihe redlich verdient.

Anfang Dezember arbeiteten sie auf einem Bauernhof zwischen Pilgate und Stamford. Es war ein trüber, nebelverhangener Tag. Plötzlich sahen sie, wie in der Nähe ein Flugzeug in rasender Geschwindigkeit herunterstieß, auf dem Boden aufschlug und sofort in Flammen stand.

Sie eilten hinzu und suchten, unbekümmert um die eigene Gefährdung, die beiden Insassen aus der brennenden Maschine herauszuziehen. Sie konnten trotz allen Bemühens die englischen Flieger nicht retten. Kriegsminister Bellenger aber ordnete Weihnachten ihre Entlassung an.

Nicht das gleiche Glück hatten internerierte deutsche Handelsmatrosen, die im Hafen von Mombassa an der Küste des afrikanischen Kenia-Landes den 19 000-Tonnen-Dampfer „Johan van Oldenbarneveldt“ zu stoppen versuchten. Das Schiff, ein Holländer, kam von Bombay und hatte 1600 italienische Gefangene und englische Soldaten an Bord, die in Europa entlassen bzw. demobilisiert werden sollten.

Die Matrosen witterten eine Chance, mit diesem Schiff nach Europa und in die Freiheit zu kommen. Sie warfen eine Eisenstange gegen die Schiffswand, um die Schrauben zum Stoppen zu bringen. Sie wurden eingesperrt.

Völlig unbekannt ist das Schicksal zweier deutscher Kriegsgefangener, die in Langres in Ostfrankreich auf einem Flugplatz ein Flugzeug kaperten, dessen Tanks gefüllt waren. Sie flogen mit der Maschine in Richtung auf die deutsche Grenze davon. Ob und wo sie gelandet sind, wird nicht berichtet.